K-02-075 Lebenswerte Orte, lebendige Demokratie – Kommunen stärken, Zukunft sichern

Antragsteller*in: BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit
Beschlussdatum: 28.10.2025

Änderungsantrag zu K-02

Von Zeile 74 bis 76 einfügen:
öffentlicher Leistungen. In Zukunft sollten Verwaltungsvorgänge ohne Ermessensspielraum auch digital erfolgen und bundesweit einheitlich umgesetzt werden. So wird Verwaltung verlässlich: ob bei der Kfz-Anmeldung, beim Wohnsitzwechsel

Begründung

Auch heutzutage gibt es noch Menschen und Personengruppen (wie z.B. Obdachlose) die keine digitalen Endgeräte besitzen und ohne persönliche Hilfestellung mit digitalen Protessen überfordert sind.

Womöglich meinten die Autor*innen der jetzigen Formulierung, dass digital zusätzlich sein muss. Durch die Formulierung "ohne Ermessensspielraum" und ohne textliche Präzisierung bleibt es aber deutungsoffen.

Wir als BAG haben schon beim Bundestagswahlprogramm das Recht auf ein analoges Leben zu betonen versucht. Hier ist es erneut nötig.